

Antrag

der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Eine solide Ausbildung für die Fachkräfte von morgen – Stärkung des dualen Ausbildungssystems

I. Der Landtag stellt fest:

In Deutschland gibt es mit der dualen Ausbildung eine besondere Form der Berufsausbildung, um die wir international beneidet werden. Im dualen Ausbildungssystem wechseln sich praktische Inhalte im Betrieb mit schulischen Inhalten ab, verbunden mit großen Karrierechancen im Anschluss an die Berufsausbildung. Derzeit gibt es rund 324 anerkannte Ausbildungsberufe in unterschiedlichen Bereichen wie dem Handwerk oder dem produzierenden Gewerbe, wobei die betriebsnahe Ausbildung eines der Ziele der Fachkräftesicherung im Land ist.

In der dualen Ausbildung bilden die Unternehmen bedarfsorientiert – auch zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses – aus und übernehmen damit soziale Verantwortung für junge Menschen. Gleichzeitig wird der Umgang mit Vorgesetzten, Kolleg:innen sowie wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen im betrieblichen und schulischen Kontext erlernt. Junge Menschen können so bestmöglich in den Arbeitsmarkt integriert werden, was sich nicht zuletzt in der geringen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Rheinland-Pfalz niederschlägt.

Gleichzeitig zeigt sich, dass die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den vergangenen Jahren nicht nur in Deutschland, sondern auch in Rheinland-Pfalz gesunken und die Zahl der unbesetzten Lehrstellen gestiegen ist. Verschiedene Studien belegen, dass die Berufsausbildung, insbesondere für Abiturient:innen, jedoch weiterhin eine hohe Attraktivität genießt. Während der Anteil der Abiturient:innen die sich für eine Berufsausbildung entschieden haben im Jahr 2011 beispielsweise noch bei 35 Prozent lag, stieg dieser auf über 47 Prozent im Jahr 2021.

Fast jede:r dritte Studierende verlässt die Universität vor dem Bachelor ohne Abschluss, während es bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften immer noch knapp ein Viertel sind. Die Karriere- und Aufstiegschancen für Studienabbrecher:innen nach einem Wechsel in die berufliche Ausbildung sind dabei jedoch besser als je zuvor. Sie haben gute Chancen im mittleren Qualifikationssegment, das besonders vom Fachkräftemangel betroffen ist, oder bei Unternehmensnachfolgen, für die oftmals ebenfalls geeignete Kandidat:innen fehlen.

II. Der Landtag begrüßt:

- die Fortführung des Aufstiegsbonus I, mit dem Rheinland-Pfalz die Bereitschaft fördert, sich beruflich fortzubilden und die eigene Qualifikation zu stärken, und den Aufstiegsbonus II, der anlässlich einer Existenzgründung auf Grundlage einer Meisterprüfung oder einer bestimmten gleichwertigen Fortbildungsprüfung gewährt wird;
- das flächendeckende Angebot in Rheinland-Pfalz für berufliche Fort- und Weiterbildung, insbesondere zum Bachelor oder Master Professional, die

durch das von Bund und Land aufgelegte Aufstiegs-BAföG gefördert werden und bei der für bestimmte Fortbildungsabschlüsse eine Anerkennungsprämie (Aufstiegsbonus I und II) beantragt werden kann;

- die Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung als wichtige Säule des dualen Ausbildungssystems, durch die Auszubildende in kleineren Betrieben mit einem hohen Grad der Spezialisierung ihre berufsspezifischen und praktischen Fertigkeiten und Kenntnisse in überbetrieblichen Lehrlingswerkstätten stärken können;
- die Elternkampagne der Landesregierung, die Eltern und Erziehungsberechtigte über ihre Rolle als Berufswahlbegleiter:innen sensibilisiert und neben Informationen über Bildungswege auch Einblicke in Berufswahlentscheidungen junger Menschen mit ihren Eltern ermöglicht;
- die „Imagekampagne Klimahandwerk“, mit der die Landesregierung in Kooperation mit den vier Handwerkskammern im Land die besondere Bedeutung des Handwerks gerade für die Umsetzung der Energie- und Wärmewende hervorheben und insbesondere junge Menschen, deren Eltern und Lehrer:innen sowie gesellschaftliche Multiplikatoren auf die Inhalte und beruflichen Möglichkeiten des Klimahandwerks aufmerksam macht;
- die umfassenden und gezielten Aktivitäten der Landesregierung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, wie etwa die ESF-Förderansätze „JobAction“, das Angebot der „JOBFÜXE“, die Unterstützung der „Jugendberufsagenturen Plus“, die zusammen mit weiteren Maßnahmen dazu beitragen, Beschäftigungschancen und -möglichkeiten junger Menschen individuell, praxisnah und berufsbezogen am Übergang von Schule/Beruf zu fördern;
- den Praxistag an nunmehr rund 280 rheinland-pfälzischen Schulen für die Bildungsgänge Berufsreife (Realschulen plus, Integrierte Gesamtschulen) und Berufsreife in der besonderen Form (Förderschulen), der Schüler:innen am Ende ihrer Schulzeit dabei unterstützt, sich besser zu orientieren, Erfahrungen in der Arbeitswelt zu sammeln und die so im besten Fall eine qualifizierte Ausbildung beginnen;
- die bestehenden Beratungsangebote im Land der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern, der Agentur für Arbeit und der Hochschulen, u. a. in Koblenz und in Mainz, die sich speziell an Studienabbrecher:innen richten und auf mögliche Unterstützungsangebote hinweisen;
- die Finanzierung von Coaches für betriebliche Ausbildung bei den rheinland-pfälzischen Handwerkskammern sowie DEHOGA Rheinland-Pfalz, die sich um Jugendliche kümmern, die Schwierigkeiten haben, eine Ausbildungsstelle zu bekommen und diese bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz im Handwerk beraten;
- die Fortführung und Stärkung des landeseigenen Projektes Übergangcoach, mit dem Schüler:innen mit dem Bildungsziel Berufsreife, die Schwierigkeiten haben, eine Ausbildungsstelle zu bekommen, beim Übergang in eine Ausbildung, sehr oft in Handwerksbetrieben, unterstützt werden.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Lehrkräfteversorgung der Berufsbildenden Schulen weiter voranzutreiben und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Einbindung von Praktiker:innen zu legen;
- die Digitalisierung der Berufsbildenden Schulen, u. a. durch das Projekt „Digitale berufsbildende Lernzentren“ weiter zu forcieren;
- die im Doppelhaushalt 2023/2024 bereitgestellten Mittel dafür zu nutzen, die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten im Land weiter zu modernisieren und so die Fördermaßnahmen für benachteiligte Jugendliche bereitzustellen;
- die jüngsten Beschlüsse der Ampel-Koalition auf Bundesebene im Rahmen des Gesetzes zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung („Weiterbildungsgesetz“) zu unterstützen, durch das ein Rechtsanspruch auf eine

außerbetriebliche Ausbildung geschaffen werden soll, insbesondere für diejenigen, die trotz umfassender Bemühungen keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden konnten und in einer Region mit zu wenigen Ausbildungsplätzen wohnen;

- das Angebot der Coaches für die betriebliche Ausbildung in Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden des Landes weiterzuentwickeln;
- Studienabbrecher:innen durch geeignete Förderangebote und Informationsveranstaltungen verstärkt einen Wechsel in das duale Ausbildungssystem zu ermöglichen und so dem Fachkräftemangel und den Passungsproblemen am Ausbildungsmarkt entgegenzuwirken.

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Carl-Bernhard von Heusinger

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber